

Wie Private eine Dorfschule retteten

Von Antonio Cortesi. Aktualisiert am 03.02.2010

Thurgau stimmt das Volk über eine Initiative der Elternlobby zur freien Schulwahl ab. Die Gegner befürchten, dass viele kleine Schulen schliessen müssten. Möglich ist aber auch das Gegenteil.

Die stillgelegte Schule von Englishofen ist wieder belebt. Initianten einer Privatschule konnten das Gebäude für 618'000 Franken kaufen.

Bild: Sophie Stieger

In der Dorfschule von Englishofen ist wieder Kinderlachen zu hören. Im Parterre spielen die Kleinsten – die Vorschule nimmt bereits Dreijährige auf. Im ersten Stock üben Primarschüler gerade das Malrechnen nach der Montessori-Methode. Und einige Kinder haben Küchendienst: Bald ist es Zeit für den Mittagstisch.

Vor zweieinhalb Jahren war es hier still und leer. Die Behörde hatte die Schule geschlossen, weil es im 200-Seelen-Dorf im Hinterthurgau immer weniger Kinder gab. Es war ein Ende auf Raten: Die Unterstufe war schon früher in einen Nachbarort verlegt worden. Am Schluss traf es auch noch den Kindergarten und die Mittelstufe.

Jetzt heisst die Schule «googolplex» und wird vom privaten «Verein für selbstständiges Lernen» geführt. 618'000 Franken betrug der Kaufpreis für die Liegenschaft. Zwei Lehrpersonen und eine Lernbegleiterin unterrichten 18 Primar- und 14 Kindergartenschüler, wobei 10 Kinder aus Englishofen stammen. Die übrigen kommen aus der Region. Das Schulgeld ist sozial abgestuft und beträgt pro Monat zwischen 450 und 1200 Franken. Im Endausbau soll die Schule 60 Kinder aufnehmen.

«Wir haben die Dorfschule gerettet», ist Vereinspräsidentin Anita Gsell überzeugt. Sie ist auch Kopräsidentin der kantonalen Volksinitiative «Ja! Freie Schulwahl für alle», die am 7. März an die Urne kommt. Und derzeit weibelt Gsell mit dem Beispiel Englishofen durch den Kanton. Denn für sie und ihre Mitstreiter ist Englishofen ein schlagendes Argument, das die Kampagne der Initiativgegner entkräften soll.

Ohne Schule kein Dorfleben

Das Verschwinden von Dorfschulen ist ein Hauptargument der Gegner, zu denen auch Erziehungsdirektorin Monika Knill gehört. Gerade im Kanton Thurgau mit

seinen vielen Klein- und Kleinstgemeinden könne der Verlust einiger weniger Kinder zur Schliessung einer Klasse oder einer ganzen Schule führen, warnt die SVP-Politikerin. Damit verarme nicht nur das Dorfleben. Der drohende «Schultourismus» sei auch aus pädagogischer Sicht schädlich. Ein Kind, das den Schulweg selbstständig zurücklege, profitiere davon in seiner persönlichen Entwicklung.

Beweist das Beispiel Engishofen, dass die Initiativgegner mit ihrem Drohszenario falsch liegen? Keineswegs, findet Heinz Leuenberger, Präsident der Schulgemeinde Erlen, zu der auch Engishofen gehört: «Wenn bloss noch ein Drittel der Schüler aus dem Ort kommt, ist es verwegen, sich als Retter der Dorfschule aufzuspielen.» Zudem profitiere die Privatschule von der Infrastruktur der Staatsschule: Der Sportunterricht findet in der Turnhalle Erlen statt.

Mehrkosten von 30 Millionen

Für Anita Gsell ist hingegen klar, dass ihr Beispiel im Thurgau zur Regel würde: «Auch in Deutschland wurden 70 Prozent der neu gegründeten Privatschulen in geschlossenen Staatsschulen eröffnet.» Ebenso wenig steche das Argument des Schultourismus: «Die Eltern wählen meistens eine Schule, die möglichst nahe beim Wohnort liegt.» Gemäss Initiativtext stünden den Eltern aber sämtliche Optionen offen: Sie hätten auch die Wahl zwischen staatlichen Volksschulen und könnten sich sogar für eine Schule ausserhalb ihres Wohnkantons entscheiden.

Heute besuchen im Thurgau bloss 830 Kinder oder 2,5 Prozent eine der 14 Privatschulen. Künftig erhielten diese vom Staat 15'000 Franken pro Schüler und Jahr. Der Kanton rechnet mit Mehrkosten von rund 30 Millionen – inklusive des Mehraufwands, der durch die Unsicherheit punkto Planung von Klassengrössen und Lehrkörper entstünde.

Zweiklassengesellschaft beenden

Letztlich geht es den Gegnern der Initiative aber nicht ums Geld. «Wer die Schule auswählt, hat meistens ein ausgeprägtes Bildungsbewusstsein», sagt Walter Berger, Chef des Thurgauer Volksschulamts. «Das Nachsehen hätten Schüler aus sozial benachteiligten Schichten, deren Eltern froh sind, wenn sie die Kinder im nächstgelegenen Schulhaus abgeben können.» Die Folge wäre eine soziale Entmischung: hier die «Eliteschulen» mit Kindern von ehrgeizigen Eltern, dort «Ghettoschulen» mit vielen Ausländerkindern.

Die freie Schulwahl beende eine Zweiklassengesellschaft, die es längst gebe, argumentieren hingegen die Befürworter. Den Besuch von Privatschulen «mit ihren innovativen Konzepten» könnten sich heute nur Begüterte leisten. Erst die freie Schulwahl ermögliche «eine bedürfnisgerechte Förderung der Kinder», sagt Anita Gsell.

Elternlobby gibt nicht auf

Der Thurgau ist erst der zweite Kanton, der über eine solche Vorlage abstimmt. Im Baselland fiel eine analoge Initiative der Elternlobby Schweiz Ende 2008 hochkant durch. Im Thurgau lehnen alle grossen Parteien die Vorlage ab. Trotzdem rechnen sich die Initianten Chancen aus. Sie verweisen auf die Harnos-Abstimmung, bei der es umgekehrt lief: Damals empfahl selbst die SVP ein Ja – und das Volk sagte trotzdem Nein.

Die Elternlobby kämpft auch in anderen Kantonen für die freie Schulwahl. In St. Gallen wurde eine Initiative bereits eingereicht. In Basel-Stadt und Solothurn werden Unterschriften gesammelt. Genauso im Kanton Zürich. Hier nahm die Elternlobby kürzlich einen zweiten Anlauf. Nach dem Volks-Nein im Baselland hatte sie die bereits angekündigte Initiative zurückgezogen.